

 **industriAll**
EUROPEAN TRADE UNION

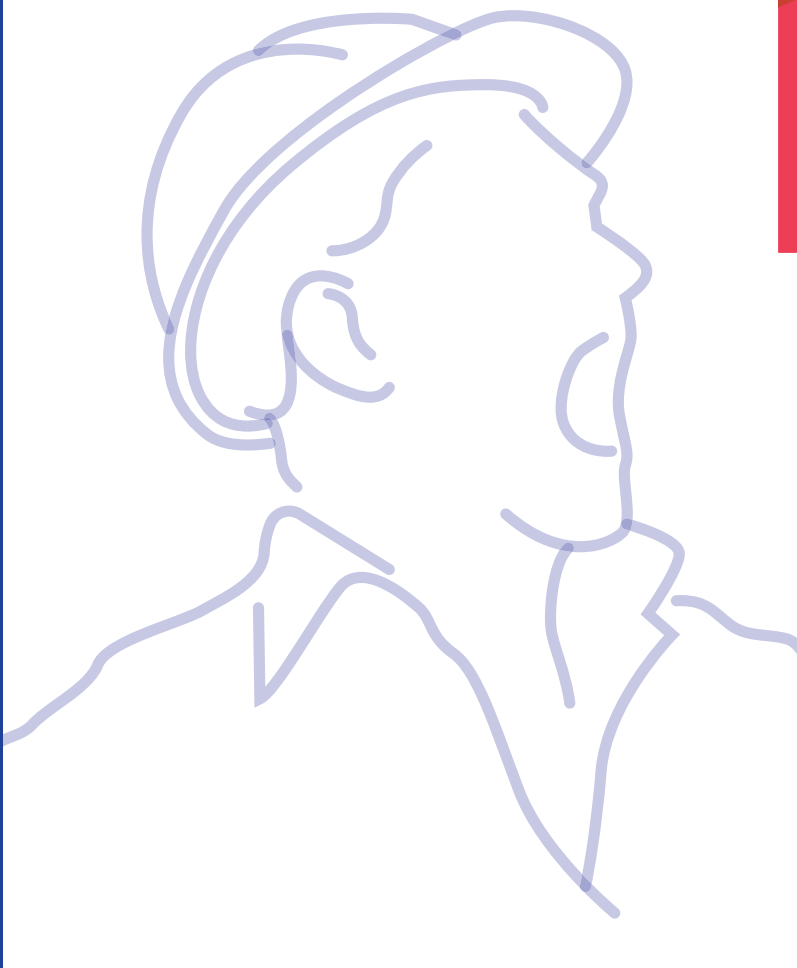
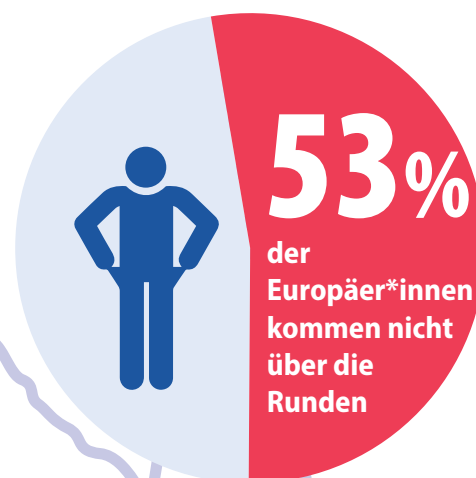
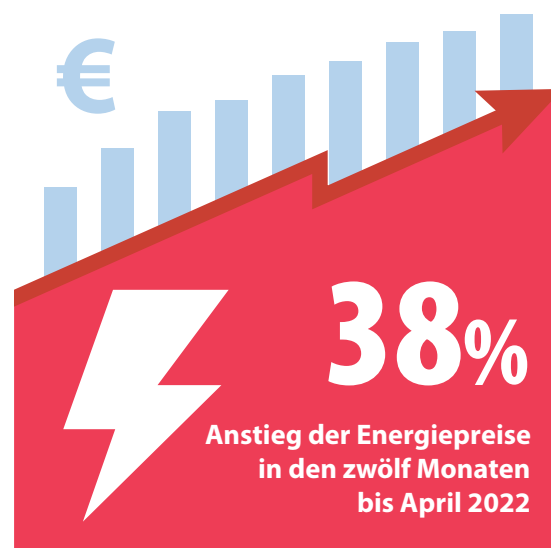
Gemeinsam.
Handeln.
Für höhere
Löhne.



Antwort von industriAll Europe auf die Explosion der Lebenshaltungskosten

Die stetig steigenden Lebenshaltungskosten in ganz Europa führen zu einer wirtschaftlichen und sozialen Krise, wie sie viele Europäer*innen in ihrem Leben noch nicht erlebt haben.

Angeheizt durch enorme Preissteigerungen bei Kraftstoff, Lebensmitteln und lebenswichtigen Gütern schießt die Inflation europaweit in die Höhe. Dies hat zur Folge, dass die Kaufkraft der Arbeitnehmer*innen untergraben wird. Mehr als die Hälfte der europäischen Haushalte gibt an, dass sie kaum noch über die Runden kommen. Arbeitnehmer*innen mit niedrigem Einkommen und sozial schwache Gruppen sind am stärksten betroffen, aber auch der Lebensstandard der Mittelschicht verschlechtert sich zusehends.

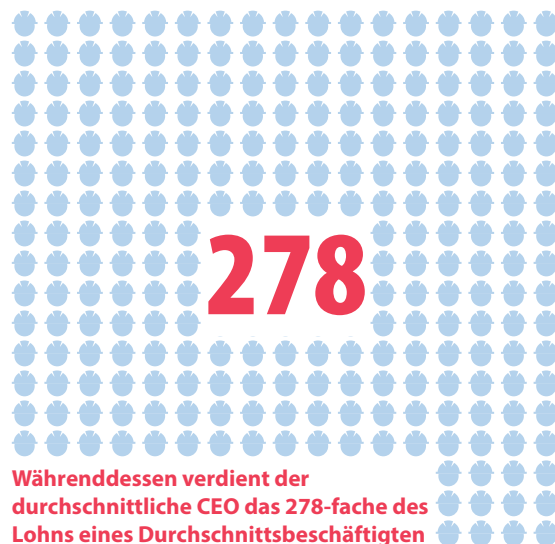
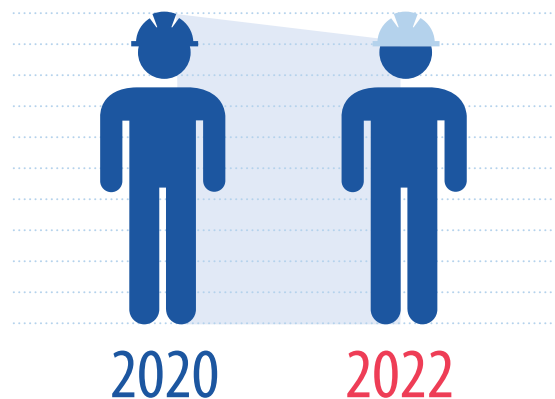


Die Beschäftigten brauchen eine Lohnerhöhung – und die großen Unternehmen können sich das auch leisten!

In den meisten Ländern bleiben die Löhne weit hinter der Inflation zurück, was für Millionen von Arbeitnehmer*innen eine reale Lohnkürzung bedeutet. Gleichzeitig verbuchen viele große Unternehmen Rekordgewinne. Trotzdem warnen die Arbeitgeber*innen immer wieder davor, dass Lohnerhöhungen die Inflation in die Höhe treiben. Sie fordern, dass die Arbeitnehmer*innen ihre Lohnforderungen „mäßigen“ (dies gilt allerdings nicht in Bezug auf ihre eigenen Gewinne). In Wirklichkeit gibt es jedoch keine Anzeichen dafür, dass die Löhne die Inflation antreiben, die vielmehr durch den massiven Anstieg der Energiepreise angeheizt wird. Anstatt den Arbeitnehmer*innen einen Ausgleich für die von ihnen während der Pandemie erwirtschafteten Gewinne zu gewähren, zahlen einige Unternehmen Rekorddividenden und Bonuspakete an die Vorstandsvorsitzenden aus.

Die Gehälter der Top-Manager*innen in Unternehmen sind in den letzten 40 Jahren um mehr als 1000 % gestiegen, also fast 100-mal stärker als die der durchschnittlichen Arbeitnehmer*innen. Exorbitante CEO-Gehälter sind ein Hauptgrund für die zunehmende Ungleichheit. CEO erhalten mehr, weil sie die Macht haben, die Gehälter festzulegen, und nicht, weil sie die Produktivität steigern oder über spezifische, stark nachgefragte Fertigkeiten verfügen. Dieser Boom bei den Vorstandsgehältern und bei der Vergütung von Führungskräften im Allgemeinen hat das Wachstum der Einkommen der obersten 1 % und der obersten 0,1 % angekurbelt, so dass den normalen Arbeitnehmer*innen weniger bleibt und sich die Kluft zwischen den Spitzenverdiener*innen und den unteren 90 % vergrößert. Der Wirtschaft würde es nicht schaden, wenn die Vorstandsvorsitzenden weniger verdienen würden - oder mehr Steuern zahlen müssten.

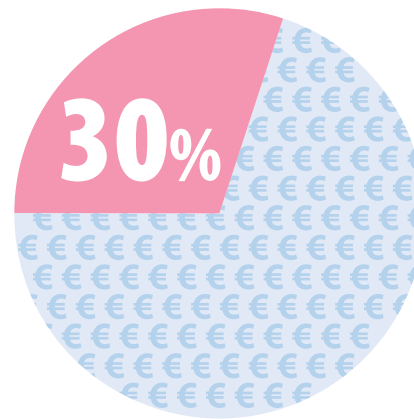
Mit einem ARBEITERLOHN des Jahres 2020 kann man jetzt nur noch 9/10 von dem kaufen, was damals möglich war



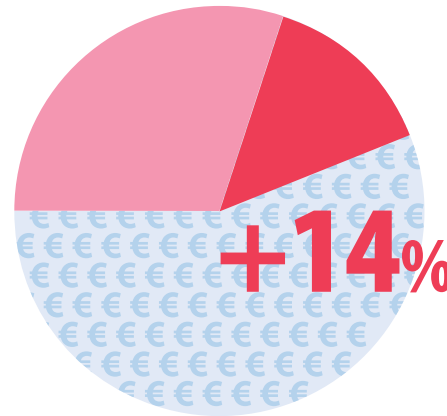
Auch die Unternehmensgewinne erreichten im zweiten Quartal 2022 Rekordhöhen. Viele Unternehmen in der gesamten Wirtschaft (nicht nur in der Energiebranche) haben von der Krise profitiert, mit vollen Auftragsbüchern und Ergebnissen und Gewinnen, die über den Erwartungen lagen. Diejenigen, die an der Krise verdienen, sollten dafür bezahlen. Sie haben die Pflicht, angemessene Löhne zu zahlen - und ihren gerechten Anteil an Steuern.

Der [globale Dividendenindex](#) zeigt einen starken Anstieg der Dividenden - das Geld, das an die Aktionär*innen ausgezahlt wird, wenn ein Unternehmen einen Gewinn erzielt. Europäische und britische Unternehmen waren die Haupttreiber des weltweiten Dividendenwachstums im zweiten Quartal 2022. Die europäischen Unternehmen haben ihre Ausschüttungen an die Aktionär*innen im Vergleich zum Vorjahr um 28,7 % in Euro erhöht, und das in einer Zeit, in der die Menschen, die für ihren Lebensunterhalt arbeiten, einen Rückgang ihres Realeinkommens hinnehmen müssen.

Durch die Besteuerung der Megaprofite der Unternehmen können die Mittel für die staatliche Unterstützung zur Abmilderung der hohen Lebenshaltungskosten aufgebracht werden. Mehr Umverteilung schafft Nachfrage in der Wirtschaft und fördert das Wirtschaftswachstum, da die Menschen mehr Geld zum Ausgeben haben.



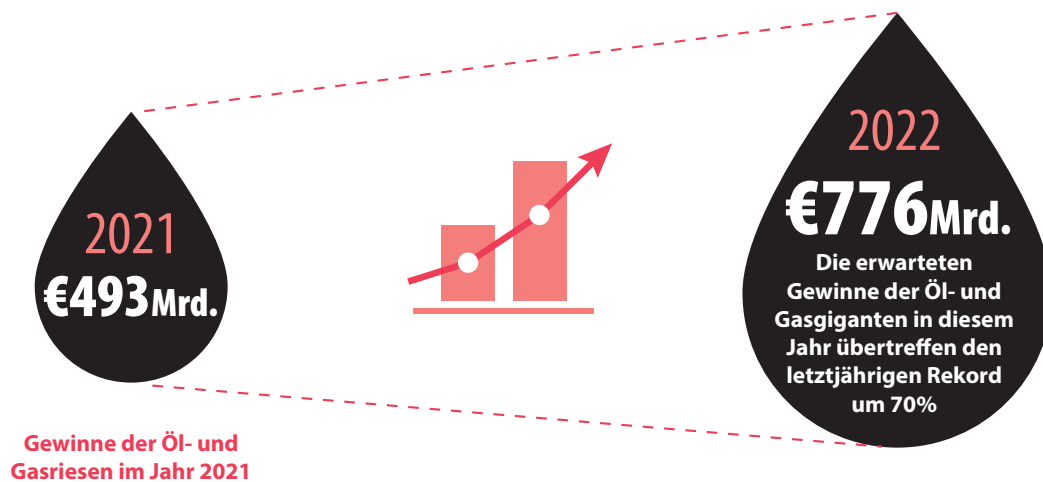
Global ausgeschüttete Dividenden der europäischen und britischen Unternehmen im zweiten Quartal 2022



Der Anteil der weltweit ausgeschütteten Dividenden der europäischen und britischen Unternehmen stieg von 2020 bis 2022 um 14 %.

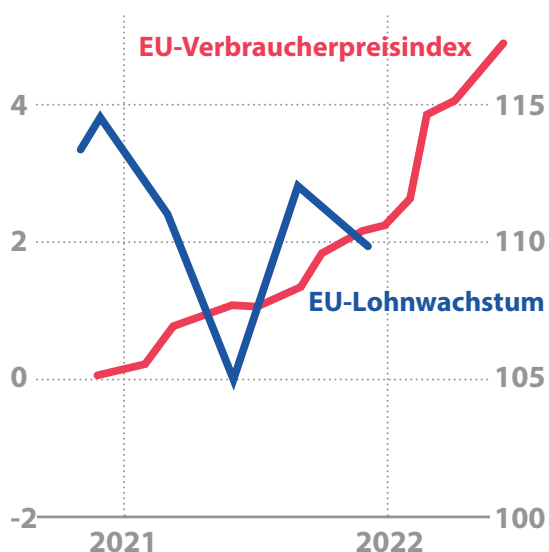


[Berichte](#) aus der Energiebranche zeigen, dass Unternehmen wie BP, Shell und ExxonMobil unerwartete Gewinne verzeichneten. Die linke Abbildung aus einer [Studie](#) zeigt den plötzlichen Anstieg der Mehreinnahmen der von der Krise profitierenden Ölunternehmen. So konnten BP und Shell im vergangenen Jahr zusammen 7,7 Mrd. USD für den Rückkauf von Aktien ausgeben, und der Gewinn für die Anleger*innen dürfte sich fortsetzen. Prognosen des Analystenhauses Rystad Energy [zeigen](#), dass die öl- und gasfördernden Unternehmen - darunter ExxonMobil, BP und Shell - in diesem Jahr einen Gewinn von 776 Mrd. Euro erwirtschaften werden, ein neuer Höchststand, der den Vorjahresrekord von 493 Mrd. Euro um 70 % übertrifft. Die Zahlen von Rystad zeigen auch, dass der größte Teil davon an die Investoren zurückfließt... Die Investitionen in neue Öl- und Gasfelder bleiben relativ gering.



Die Löhne treiben die Inflation nicht an!

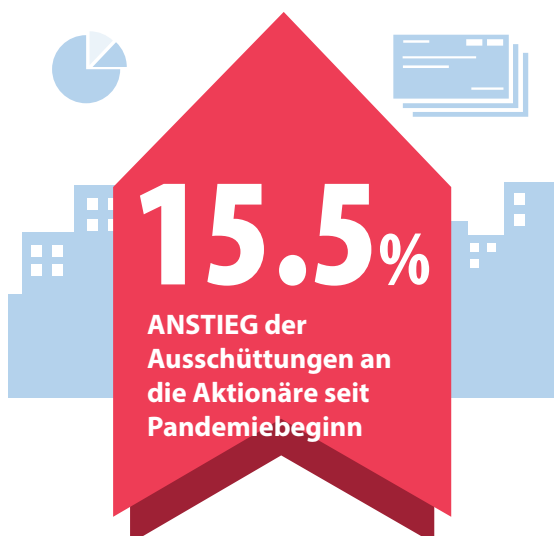
Trotz aller Belege dafür, dass die derzeitige Inflation hauptsächlich durch die Energiepreise angetrieben wird, warnen die Arbeitgeber*innen vor einer „Lohn-Preis-Spirale“ und propagieren eine aggressive Lohnmoderation zur Eindämmung der Inflation. Die Daten zeigen jedoch, dass es in dieser Krise nie eine Lohn-Preis-Spirale gegeben hat. Im Gegenteil: Die Löhne sind sogar gesunken, während die Preise gestiegen sind.



Die Reallöhne schrumpfen, während die Dividendenausschüttungen schneller steigen als die Inflation. Die Dividendenausschüttungen waren im zweiten Quartal dieses Jahres um 15,5 % höher als im gleichen Quartal des Vorpandemiejahres 2019.

Gleichzeitig ist die reale Kaufkraft der Mindestlöhne in ganz Europa in nur einem Jahr um fast 5 % gesunken. Das bedeutet, dass sich die Bezieher*innen der niedrigsten Löhne 5 % weniger leisten können als im Vorjahr. Und dies ist nur ein Durchschnittswert. In einigen Ländern ist der Rückgang wirklich dramatisch: 29,2 % in Lettland, 10 % in der Tschechischen Republik und Estland, 8,9 % in der Slowakei.

Solange die Löhne der Arbeitnehmer*innen sinken, werden sie weniger in der Realwirtschaft ausgeben und das Wachstum wird darunter leiden. Höhere Löhne bedeuten mehr Geld in den Taschen der Menschen, was die gesamtwirtschaftlichen Aussichten stärkt und die soziale Stabilität verbessert, da weniger Menschen in Armut fallen.



15.5%
ANSTIEG der Ausschüttungen an die Aktionäre seit Pandemiebeginn



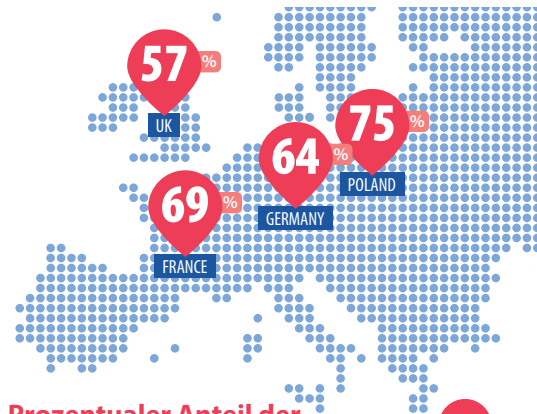
-5%
Durchschnittlicher FALL des realen Wertes der Mindestlöhne in Europa im vergangenen Jahr

Keine weiteren Sparmaßnahmen, die Arbeitnehmer*innen brauchen jetzt Unterstützung!

Es ist klar, dass die Löhne der Arbeitnehmer*innen im Einklang mit der Inflation, den Preissteigerungen und den Produktivitätsgewinnen steigen müssen. Neben der Lohnpolitik braucht Europa jedoch auch staatliche Maßnahmen, um die Explosion der Lebenshaltungskosten zu bewältigen. Da die Energiepreise in die Höhe schießen, beginnen einige Unternehmen, ihre Produktion einzustellen, was Arbeitsplätze gefährdet.

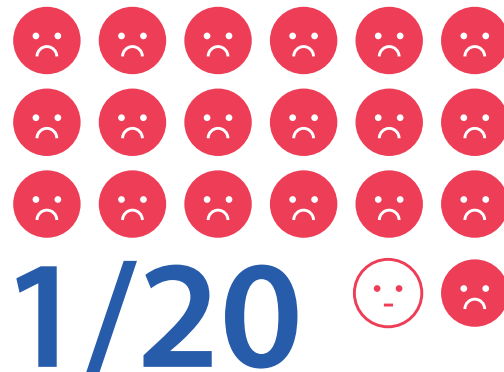
Wir müssen dringend handeln, um Arbeitsplätze und Arbeitnehmer*innen vor steigenden Preisen zu schützen. Aber wir brauchen auch längerfristige Maßnahmen, um zu verhindern, dass sich so etwas jemals wiederholt. Europa muss sein eigenes Energiesystem kontrollieren, basierend auf grünem Strom, der hier in Europa erzeugt wird. Um dieses Ziel zu erreichen, sind massive Investitionen, eine ehrgeizige langfristige Energie- und Industriestrategie und eine tiefgreifende Reform des energiepolitischen Rahmens der EU erforderlich, der zu kurzfristig angelegt ist und sich zu sehr auf den Markt stützt.

Sparmaßnahmen sollten um jeden Preis vermieden werden, vor allem in einem Umfeld, in dem soziale Unruhen und Rechtsextremismus auf dem Vormarsch sind. Eine kürzlich von YouGov durchgeführte und am 2. September veröffentlichte Studie [ergab](#), dass die Mehrheit in den wichtigsten europäischen Ländern über die durch die Lebenshaltungskostenkrise verursachten sozialen Unruhen besorgt ist, wobei die Werte von 57 % im Vereinigten Königreich bis zu 75 % in Polen reichen. In Frankreich und Polen gibt nur einer von 20 Befragten an, dass er mit den steigenden Preisen zurechtkommt. Jeder Fünfte im Vereinigten Königreich, in Frankreich und in Polen gibt an, dass er seine Ersparnisse nutzt, um seine Rechnungen zu bezahlen, und jeder Zehnte lässt Mahlzeiten ausfallen.



Prozentualer Anteil der Menschen, die sich Sorgen über soziale Unruhen machen

Source: More in Common



In Frankreich und Polen sagt nur einer von 20 Befragten, dass er mit den steigenden Preisen gut zurechtkommt

Source: More in Common

Die Arbeitnehmer*innen brauchen eine Entlastung von der Inflation, den horrenden Energierechnungen und den rasant steigenden Kosten für die Grundbedürfnisse. Die Austeritätspolitik wird nur zu einer Katastrophe und größerem Elend führen, so wie nach der Krise von 2008. Seitdem gab es keine grundlegende Reform der europäischen Wirtschaft, und die Probleme von damals bestehen auch heute noch. Die Fehler der Vergangenheit müssen unter allen Umständen vermieden werden.

Industriebeschäftigten treten gemeinsam für höhere Löhne ein!

Die Arbeitnehmer*innen brauchen eine Lohnerhöhung. Alle Europäer*innen brauchen niedrigere Rechnungen und Hilfe, um über die Runden zu kommen. Von den Arbeitnehmer*innen kann nicht erwartet werden, dass sie erneut die Rechnung für eine Krise bezahlen, die sie nicht verursacht haben.

Die Politiker*innen müssen Maßnahmen ergreifen, um Arbeitnehmer*innen und ihren Familien bei der Bewältigung der Explosion der Lebenshaltungskosten zu helfen. Aber auch die Arbeitgeber*innen müssen ihrer Verantwortung gerecht werden, vor allem wenn sie die Mittel dazu haben.

Das Geld ist da, es fließt nur in Dividenden und Managergehälter, nicht in Löhne. Anstatt für Lohnzurückhaltung zu plädieren, sollten die Arbeitgeber*innen dafür sorgen, dass die Arbeitnehmer*innen für die Erosion

ihrer Kaufkraft entschädigt werden, indem sie ihren gerechten Anteil an dem von ihnen geschaffenen Wohlstand erhalten. Durch eine Erhöhung der Löhne würden die Arbeitgeber*innen die Binnennachfrage stärken und so zu einem schnellen Aufschwung beitragen.

IndustriAll Europe vertritt Industriegewerkschaften in ganz Europa. Die europäische Arbeiterbewegung ist sich einig in der Forderung nach einem gerechten Weg aus der Krise, der auf höheren Löhnen und besseren Lebensbedingungen beruht.

IndustriAll Europe und ihre Mitgliedsorganisationen bündeln ihre Kräfte, um in einer europaweiten gemeinsamen Kampagne gemeinsame Forderungen zu stellen: **Gemeinsam. Handeln. Für höhere Löhne.**

Die europäischen Industriebeschäftigten fordern:

- 1. Eine Lohnerhöhung, die einen angemessenen Lebensstandard garantiert!**
 - 2. Gerechte Steuern für Unternehmen und Wohlhabende!**
 - 3. Unterstützung für Arbeitnehmer*innen, die von der Explosion der Lebenshaltungskosten betroffen sind!**
 - 4. Finanzielle Unterstützung für Unternehmen, die mit Energiekosten zu kämpfen haben, mit Garantien für den Erhalt von Arbeitsplätzen und die Erhöhung von Löhnen!**
 - 5. Branchentarifverhandlungen, damit die Arbeitnehmer*innen bessere Löhne erzielen können!**
-



TOGETHER

IN ACTION





industriAll
EUROPEAN TRADE UNION

**Gemeinsam.
Handeln.
Für höhere
Löhne.**



www.industrial-all-europe.eu

 [@industriAll_EU](https://twitter.com/industriAll_EU)

 [@industriAllEU](https://facebook.com/industriAllEU)

 [@industrial_all_europe](https://instagram.com/industrial_all_europe)